Vorwort

Vor 35 Jahren begann mein "akustisches" Berufsleben in der Bauverwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg. Dies war just die Zeit, in der die deutsche Politik versuchte, ein Gesetz zum Schutz vor Verkehrslärm von Straßen und Schienenwegen (Verkehrslärmschutzgesetz) auf den Weg zu bringen. Dies ist ihr damals nicht gelungen und bedauerlicherweise auch später nicht. Die dafür maßgeblichen Gründe waren und sind vielfältig. Meist stand aber die Finanzierbarkeit – vornehmlich die der Lärmsanierung bestehender Straßen und Schienenwege – im Vordergrund. Zudem wurde vorgebracht, dass es keinen allseits akzeptierten Ansatz zum Umgang mit Mehrfachbelastungen insbesondere durch Verkehrswege unterschiedlicher Baulast- und Verkehrsträger gebe.

Über drei Jahrzehnte später wird immer noch über Mehrfachbelastungen – und den korrekten Umgang damit – diskutiert. Dies geschieht hauptsächlich dann, wenn es um die Umsetzung und Finanzierung von Lärmminderungsmaßnahmen im Rahmen der Lärmaktionsplanung nach der Umgebungslärmrichtlinie (Richtlinie 2002/49/EG) geht. Dazu sollte man jedoch wissen, dass der Deutsche Bundestag bereits 1980 im Entwurf des Verkehrslärmschutzgesetzes über das Zusammentreffen mehrerer Verkehrslärmquellen und die daraus resultierende Verteilung der Kosten auf unterschiedliche Baulastträger nachgedacht hat.

Diesen immer noch aktuellen Gedanken griff Dr. Gisela Splett auf, als sie 2011 Staatssekretärin im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur sowie Lärmschutzbeauftragte der Landesregierung Baden-Württemberg wurde. Sie beauftragte Dr. Udo Weese aus ihrem Hause, das Thema neu anzugehen. Dieser verstand es sehr vorausschauend, den juristischen Sachverstand von Prof. Dr. Dominik Kupfer und Dr. Felix Hornfischer mit der akustischen Erfahrung des Autors dieses Vorwortes zu verknüpfen. Deren gemeinsame Überlegungen zu einem praxisnahen und ergebnisorientierten Umgang mit Mehrfachbelastungen wurden von Margit Bonacker und Dr. Eckhart Heinrichs um Aspekte der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Verkehrsplanung fruchtbringend ergänzt. Aus dieser gemeinsamen Anstrengung entstand das Konzept des "Kooperativen Managements der Lärmsanierung", das in diesem Buch vorgestellt und vertieft wird

Stellvertretend für die Herausgeber bedanke ich mich bei allen Mitdenkenden und -schreibenden, die uns sehr geholfen haben, unsere Ansätze für ein "Kooperatives Management der Lärmsanierung" entwickeln, vertiefen und aufschreiben zu können.

Hamburg, im September 2014

Christian Popp

Inhaltsverzeichnis

V	orwort	5
Te	eil A Problemaufriss	
	st ein neues Modell für die Lärmsanierung erforderlich – und warum? Dr. Udo Weese, Stuttgart	
1	Aktuelle Herausforderungen der Lärmsanierung	12
	Ansatzpunkte für eine konsistente Lärmsanierung	
3	Kooperatives Management der Lärmsanierung als Lösungsansatz	16
To	eil B Schalltechnischer Rahmen	
S	challtechnischer Rahmen	
D	iplIng. Christian Popp, Hamburg	
1	Vorbemerkung	20
2	Ausgangssituation	21
To	eil C Bestehende Möglichkeiten zur Effektivitätssteigerung in der Lärmsanierung durch Vereinbarungen zwischen Baulastträg	
Lä	ärmsanierung im bestehenden Recht	
R	echtsanwalt Prof. Dr. Dominik Kupfer, Freiburg	
1	Lärmschutz als Teil des Immissionsschutzrechts	24
2	Keine abschließende Regelung im BImSchG	25
3	Quellenbezogener und gebietsbezogener Lärmschutz	25
4	Quellenbezogene Lärmsanierung	26
5	Gebietsbezogene Lärmsanierung	
	5.1 Gesundheitsschutz durch Lärmbekämpfung und -vorsorge	
	5.2 Managementansatz	
6	Befund	
	lächenhafter Ansatz, Gesamtlärmbetrachtung und Bestimmung	
	nergetischer Verursachungsbeiträge	
D	iplIng. Christian Popp, Hamburg	
1	Flächenhafter Ansatz	34

2	Gesamtlärmbetrachtung
3	Grundsätzliche Überlegungen
4	Der Energetische Ansatz
	Verschneidung von Schallpegeln mit Einwohnerzahlen
6	Beispiel 41
	Zusammenfassung 43
	on der vorbereitenden Untersuchung zum Lärmsanierungsgebiet
	iplIng. Christian Popp, Hamburg
	Vorbereitende Untersuchung
2	Vorläufige Abgrenzung der Untersuchungsgebiete
	2.1 Abgeschlossenheitsprüfung 46
	2.2 Lärmkartierung aller Verkehrswege
	2.4 LärmKennZiffer-Kartierung 47
3	Größe des Verkehrslärmsanierungsgebietes
	Rangfolge von Sanierungsgebieten
4	Rangioige von Samerungsgebieten 48
D	ie Bestimmung geeigneter Maßnahmen
D	rIng. Eckhart Heinrichs, Berlin
1	Mögliche Lärmminderungsmaßnahmen
	1.1 Geschwindigkeitssenkungen 50
	1.2 Fahrbahnoberflächen 52
	1.3 Verkehrsberuhigung und Straßenraumgestaltung
	1.4 Verbesserung des Verkehrsflusses
	1.6 Passiver Schallschutz
2	Aufwand-Nutzen-Abwägung bei erreichbarer Reduzierung
_	der Gesamtlärmbelastung
	2.1 Aufwand
	2.2 Nutzen
3	Zusammenfassung
v	ooperative Lärmsanierung durch öffentlich-rechtliche Verträge
	echtsanwalt Dr. Felix Hornfischer und
	echtsanwalt Dr. Felix hornjischer und echtsanwalt Prof. Dr. Dominik Kupfer, Freiburg
	Das Potenzial eines kooperativen Lärmschutzes
	Der öffentlich-rechtliche Vertrag 61
-	2.1 Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
	2.2 Verfahren und Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen
3	Vorbilder vertraglicher Kooperation im Verkehrswegerecht
	3.1 Vertragliche Kooperation im Kreuzungsrecht
	3.2 Kostenteilung und Kooperation in der Lärmvorsorge
4	Ergebnisoptimierung durch vertragliche Kooperation
5	Vorschlag einer Vereinbarung 67

Teil D Das Kooperative Management der Lärmsanierung – ein Modellvorschlag

Zielsetzung, Ablauf und Inhalte des kooperativen Management-Systems	Ziel	setzung, A	blauf u	nd Inhalt	e des ko	operativen	Management-	Systems
---	------	------------	---------	-----------	----------	------------	-------------	---------

	echtsanwalt Dr. Felix Hornfischer und echtsanwalt Prof. Dr. Dominik Kupfer, Freiburg	
	Zielsetzung des kooperativen Management-Systems	
	1.1 Lärmsegmentierung	75
	1.2 Defizite bei der Konzeptionierung, Finanzierung und Durchführung von Lärmschutzmaßnahmen infolge der segmentierenden Betrachtungsweise	76
	1.3 Managementansatz nach Umgebungslärm-RL	76 76
	1.4 Flexibilität durch Unterscheidung zwischen Verursachung	
	und Kostentragung	
	1.5 Akzessorietät gegenüber fiskalischen Rahmenbedingungen	78
2	Ablauf des Lärmsanierungsverfahrens	
	2.1 Verknüpfung von Lärmsanierung und Lärmaktionsplanung	
	2.2 Lärmsanierungsverfahren i. e. S.	
	2.3 Durchführung der Lärmsanierung	
3	Inhalte	
	3.1 Maximaler Gestaltungsspielraum	
	3.2 In Betracht kommende Maßnahmen3.3 Bestimmung der Maßnahmen im konkreten Einzelfall	88
	<u> </u>	
4	Finanzverfassungsrecht	
	4.1 Beauftragung und Kostentragung nach außen	
_	-	
5	Beteiligung der begünstigten Grundstückseigentümer. 5.1 Verfassungsrechtliche Zulässigkeit	
	5.1 Verfassungsrechtiche Zufassigkeit	
6	Möglichkeiten legislativer Ausgestaltung	
	6.1 Ausschöpfung der bestehenden Verordnungsermächtigungen	94 94
	6.2 Erlass einer neuen Verordnungsermächtigung	
	6.3 Formell-gesetzliche Ergänzung der §§ 47a ff. BImSchG	
	6.4 Bundesgesetzlicher Durchgriff auf die Kommunen?	
7	Bewältigung der Kostenlast der Kommunen	97
	7.1 Kostenausgleich im Rahmen der landesrechtlichen Aufgabenübertragung	97
	7.2 Kostenregelung aufgrund des landesrechtlichen Konnexitätsprinzips	
	7.3 Mögliche Quellen zur Deckung des Mehrbelastungsausgleichs	99
	inf schlagende Vorteile des Modells "Kooperatives Management der	
	irmsanierung" gegenüber der bisherigen Situation	
	ie Herausgeber	
1	Verbindliche Regelung der Lärmsanierung	100
2	Gesamtbelastung eines Gebietes	100
3	Koordinierte Lärmsanierung	101
4	Kooperativer Ansatz	101
5	Verursachungsgerechte Verteilung der Kosten der Lärmsanierung	101

Ziele der Sanierung

	r. Felix Hornfischer, Freiburg, und iplIng. Christian Popp, Hamburg	
	Auslösewerte und Sanierungsziele	102
	Funktion der Verkehrslärmsanierung. 2.1 Verfassungsrechtliche Pflicht zum Schutz vor Verkehrslärm? 2.2 Völker-, Unions- und einfaches Bundesrecht 2.3 Schlussfolgerung.	102 104
3	Auslösewerte – Funktion und Verortung	
	Sanierungsziele i. e. S. – Einheitliche oder abgestufte Zielmodelle? 4.1 Einheitliche Zielmodelle	108 109 109
5	Zusammenfassung	111
	olle und Aufgaben der Gemeinde bei der kooperativen Lärmsanierung echtsanwalt Dr. Felix Hornfischer, Freiburg	
	Fragestellungen	112
	Die verfassungsrechtliche Garantie der kommunalen Selbstverwaltung	
	Maßstab der sog. Rastede-Entscheidung	114
4	Folgen für die Bedeutung der Gemeinden in der kooperativen Lärmsanierung	117 117 119
5	Bundesgesetzlicher Durchgriff auf die Kommunen?	125
6	Zusammenfassung	
Aı Re	erhandlungsverfahren und förmliches Sanierungsverfahren – usdruck regulierter Selbstregulierung der Störer echtsanwalt Dr. Felix Hornfischer und echtsanwalt Prof. Dr. Dominik Kupfer, Freiburg	
1	Die Idee: Raum für Kreativität	128
2	Eisenbahnkreuzungsrecht als Referenzbereich	129
3	Das Verhandlungsverfahren im Einzelnen 3.1 Verhandlungsleitung 3.2 Verhandlungsteilnehmer und Öffentlichkeitsbeteiligung 3.3 Ausgestaltung der Verhandlung 3.4 Offenlegung des Konsenses	131 131
	3.5 Vorlage des (modifizierten) Konsenses an die staatliche Lärmsanierungs-	122

4	Förmliches Sanierungsverfahren	133
	4.1 Ultima ratio	133
	4.2 Ablauf	133
5	Durchführung der Lärmsanierung und Vollzugsüberwachung	136
	5.1 Herausforderung der Durchführung der Lärmsanierung	
	5.2 Vollzugsüberwachung	
	erhältnis von Lärmsanierung und Lärmaktionsplanung	
	echtsanwalt Dr. Felix Hornfischer und	
R	echtsanwalt Prof. Dr. Dominik Kupfer, Freiburg	
1	Verknüpfungserfordernis	
	1.1 Verfahrensökonomische Gründe für die Verknüpfung	139
	1.2 Materiell-rechtliche Gründe für die Verfahrensverknüpfung	140
2	Verknüpfung	141
	ffentlichkeitsbeteiligung – Bedeutungswandel und	
	onkrete Ausgestaltung im Verfahrensablauf	
	iplSoz. Margit Bonacker, Hamburg	
	Öffentlichkeitsbeteiligung – Zielrichtung und Vorbilder	
	Zielrichtung	
	Geeignete Verfahrensabschnitte	
	Zu beteiligende Öffentlichkeit	
5	Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung	148
Fi	skalische und finanzverfassungsrechtliche Rahmenbedingungen	
	es kooperativen Managements der Lärmsanierung	
R	echtsanwalt Dr. Felix Hornfischer, Freiburg	
	Fiskalische Rahmenbedingungen – "Primat des Haushaltsrechts"	151
1	1.1 Grundsätzlicher Vorrang der Fachgesetze	
	1.2 Primat des Haushaltsrechts	
2	Finanzverfassungsrechtliche Folgefragen des flächenhaften Ansatzes	
	Das Konnexitätsprinzip des Art. 104a Abs. 1 GG	
3	3.1 Verbot der Mischfinanzierung	
	3.2 Verwaltungs- und Zweckausgaben	
	3.3 Bedeutung für die Verwaltung der Straßen und Schienenwege	
	3.4 Gemeinsame Finanzierung durch mehrere Aufgabenträger	
	3.5 Beauftragung und Kostentragung nach außen und interner Kostenausgleich	
4	Zusammenfassung	
7	Zusummemussung	104
Li	iteraturverzeichnis	165